

Richtlinie zur Ausrichtung des Taggeldes aufgrund von Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus („COVID-19-Taggeld“)

Im Rahmen des Massnahmenpakets der Regierung in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus (COVID-19)¹ ist gestützt auf den Finanzbeschluss vom 20. März 2020 über die Gewährung eines Nachtragskredits für die Finanzierung von Massnahmen zur Wirtschaftsförderung² die Ausrichtung eines Taggeldes (COVID-19-Taggeld) an Betriebe vorgesehen, deren Arbeitnehmer aufgrund von behördlichen Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie über einen längeren und nicht vorhersehbaren Zeitraum an der Arbeitsleistung verhindert sind. Die Regierung betrachtet die Lohnzahlungen in diesen Fällen als eine Belastung des Arbeitgebers, welche gemindert werden soll.

Um die Abwicklung des COVID-19-Taggeldes zu vereinfachen, soll auf die bestehenden Strukturen und Prozesse im Rahmen der obligatorischen Krankengeldversicherung zurückgegriffen werden. Die nach Art. 2 KVG anerkannten Krankenkassen wickeln das COVID-19-Taggeld im Auftrag der Regierung ab und stellen ihr den hierfür angefallenen Aufwand in Rechnung.

Die Einzelheiten zur Ausrichtung des COVID-19-Taggeldes, insbesondere die Anspruchsvoraussetzungen, die Höhe und Dauer der Leistung, Antragstellung, Entscheidung und Auszahlung wie auch die Rechnungsführung und Rechnungsstellung durch die Kassen, richten sich nach dem vorliegenden Reglement.

¹ vgl. Bericht und Antrag Nr. 22/2020 und Nr. 31/2020.

² LGBl. 2020 Nr. 102.

1. ALLGEMEINES

- 1.1 Die einzelne Krankenkasse ist bei Einhaltung aller weiteren Anspruchsvoraussetzungen für die Abwicklung der Anträge jener Antragsteller bzw. deren Arbeitnehmer zuständig, die zum Zeitpunkt der Antragsstellung gestützt auf Art. 7 Abs. 1 Bst. b KVG bei ihr obligatorisch für Krankengeld versichert sind.
- 1.2 Eine freiwillige Krankengeldversicherung gemäss Art. 8 Abs. 2 KVG berechtigt nicht zum Bezug von COVID-19-Taggeld.
- 1.3 Ein zwischen Antragsteller und Kasse gestützt auf Art. 14 Abs. 2 KVG vereinbarter Aufschub des Leistungsbeginns für das Krankengeld kommt beim COVID-19-Taggeld nicht zur Anwendung.
- 1.4 Die Kasse grenzt das COVID-19-Taggeld von Krankengeld nach KVG bei Krankheit bzw. Mutterschaft ab und ist für die Koordination mit der Unfallversicherung im Falle eines Unfalls besorgt. Der Antragsteller hat die Kasse über den Eintritt einer Krankheit, Mutterschaft oder eines Unfall umgehend zu informieren.

2. ANSPRUCHSVORAUSSETZUNGEN

2.1 Unterstützungsberechtigung

- Unterstützungsberechtigt sind Arbeitgeber, deren Arbeitnehmer aufgrund der folgenden Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie an der Arbeitsleistung verhindert ist:
 - a. Massnahmen der Herkunfts- bzw. Wohnsitzstaaten von Grenzgängern, die das Erscheinen am Arbeitsplatz unmöglich machen, insbesondere der Aufenthalt in Quarantänegebieten, sofern die Erledigung der Arbeitsverpflichtungen von zu Hause bzw. vom gegenwärtigen Aufenthaltsort aus („Home-Office“) vom Arbeitgeber mittels geeigneter organisatorischer und technischer Massnahmen nicht ermöglicht werden kann, oder

- b. Selbst-Quarantäne bei engem Kontakt mit einer Person, die eine akute Atemwegserkrankung hat, sofern die Erledigung der Arbeitsverpflichtungen von zu Hause bzw. vom gegenwärtigen Aufenthaltsort aus („Home-Office“) nicht ermöglicht werden kann, oder
 - c. Freistellung als besonders gefährdeter Arbeitnehmer gestützt auf Art. 7c COVID-19-Verordnung, sofern die Erledigung der Arbeitsverpflichtungen oder einer Ersatzarbeit von zu Hause bzw. vom gegenwärtigen Aufenthaltsort aus („Home-Office“) vom Arbeitgeber mittels geeigneter organisatorischer und technischer Massnahmen nicht ermöglicht werden kann und der Arbeitgeber die Voraussetzungen für eine Tätigkeit vor Ort nicht erfüllen oder eine Ersatzarbeit vor Ort nicht zuweisen kann.
- Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer den Lohn fristgerecht und ordnungsgemäss ausbezahlt sowie die Sozialabgaben vollständig geleistet.

2.2 Kein Taggeld wird gewährt,

- wenn bei Krankheit oder Mutterschaft ein Krankengeld gemäss Art. 14 und 15 KVG, gestützt auf die geltenden Reglemente und Vereinbarungen, zu gewähren ist.
- bei betrieblich veranlasster Arbeitsfreistellung / Quarantäne, z.B. weil im Betrieb ein Kontakt zu einem bestätigten Fall oder zu einem Fall mit Symptomen möglich war;
- bei Fernbleiben des Arbeitnehmers aus Angst vor Ansteckung.

2.3 Koordination mit anderen Unterstützungsleistungen

Für Arbeitnehmer, für welche COVID-19-Taggeld beansprucht wird, besteht kein Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung.

3. HÖHE UND DAUER DES TAGGELDES

3.1 Höhe

3.1.1 Das COVID-19-Taggeld beträgt 100% des bis anhin bezogenen AHV-pflichtigen Lohnes einschliesslich regelmässiger Nebenbezüge.

3.1.2 Der Höchstbetrag des anrechenbaren Lohnes beläuft sich auf CHF 148'200 im Jahr und CHF 406 im Tag. Unterliegt der Lohn starken Schwankungen, so wird auf einen angemessenen Durchschnittslohn pro Tag abgestellt.

3.2 Beginn und Ende

3.2.1 Das COVID-19-Taggeld wird ab dem dritten Tag der behördlich angeordneten Massnahme bzw. der Freistellung ausgerichtet, frühestens jedoch ab dem 1. April 2020. Es endet mit Ablauf der Massnahme bzw. der Freistellung, spätestens jedoch am 30. Juni 2020.

3.2.2 In allen Fällen endet die Ausrichtung des COVID-19-Taggeldes mit Beginn einer Krankheit bzw. Mutterschaft, oder bei einem Unfall, aufgrund deren der Arbeitgeber lohnfortzahlungspflichtig oder eine obligatorische Versicherung leistungspflichtig ist.

4. VERFAHREN

4.1 Antragstellung

4.1.1 Die Antragstellung erfolgt bei der nach Art. 2 KVG anerkannten Krankenkasse, bei welcher der betreffende Arbeitnehmer obligatorisch für Krankengeld versichert ist. Es ist dazu das amtliche Antragsformular, welches auf der Internetseite der Krankenkassen aufgeschaltet ist, zu verwenden. Die dort angegebenen Beilagen und Erklärungen sind vom Antragsteller beizubringen. Eingaben sind per E-Mail, Fax oder Post möglich. Dabei kann der Antrag auch rückwirkend bis spätestens 30. Juni 2020 gestellt werden. Die Anspruchsberechtigung beginnt mit dem Tag, an dem die behördliche Massnahme bzw. Freistellung im Einzelfall Wirksamkeit erlangt. Es

werden behördliche Massnahmen und Freistellungen mit Wirksamkeit ab dem 1. April 2020 berücksichtigt.

4.1.2 Mit der Beantragung ist eine Erklärung des Antragstellers und seiner Arbeitnehmer, deren Lohn durch das COVID-19-Taggeld unterstützt wird, abzugeben, mit dem diese für das Unternehmen bzw. für sich persönlich einwilligen, dass die mit der Abwicklung betrauten Krankenkassen die betroffenen Mitarbeiter und die jeweils für sie ausgerichteten Leistungen dem AVW zum Zwecke der Koordination mit der Kurzarbeitsentschädigung namentlich bekannt gibt.

4.1.3 Um das Verfahren zu beschleunigen, ist mit der Beantragung der Unterstützung eine Bestätigung abzugeben, dass alle Angaben wahrheitsgetreu und vollständig sind.

4.2 Prüfung und Entscheidung

4.2.1 Die Kasse prüft die Anspruchsvoraussetzungen und ermittelt den Taggeldanspruch der Höhe nach.

4.2.2 Die Kasse informiert den Antragsteller mittels Leistungsabrechnung über ihre Entscheidung.

5. AUSZAHLUNG

5.1 Das COVID-19-Taggeld wird von der Krankenkasse, bei welcher der betreffende Arbeitnehmer obligatorisch für Krankengeld versichert ist, nach den in den dafür bestehenden Reglementen und Verträgen vereinbarten Zahlungsmodalitäten an den Antragsteller ausbezahlt.

5.2 Werden die behördlichen Massnahmen oder die Bestimmungen betreffend die Freistellung besonders gefährdeter Arbeitnehmer in dem Monat aufgehoben, für den bereits eine Auszahlung erfolgte, wird die Unterstützungsleistung nicht zurückgefordert.

6. PRÜFUNG DER ANGABEN UND ERLÖSCHEN DER ANSPRUCHSBERECHTIGUNG

Bei einer zu Unrecht geleisteten Auszahlung wird diese zurückgefordert. Wird festgestellt, dass die Angaben nicht der Wahrheit entsprechen, erlischt die Anspruchsberechtigung und bereits ausbezahlte Taggelder werden vom Amt für Volkswirtschaft zurückgefordert. Die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches bleiben vorbehalten.

7. RECHNUNGSFÜHRUNG UND RECHNUNGSSTELLUNG DURCH DIE KASSEN

7.1 Die Kasse stellt dem Amt für Volkswirtschaft den Aufwand für das COVID-19-Taggeld jeweils nach Ablauf eines Monats in Rechnung. Dieser setzt sich zusammen aus den an die Antragsteller ausbezahlten Leistungen für COVID-19-Taggeld sowie einem Verwaltungskostenaufschlag in Höhe von 5 Prozent der abgerechneten Leistungen.

7.2 Der Rechnung beigelegt ist eine Aufstellung, aus welcher Name und Anschrift des begünstigten Unternehmens sowie der Leistungszeitraum und die Summe der ausgerichteten Leistungen hervorgeht.

7.3 Zum Zweck einer allfällig nachgelagerten Kontrolle im Zusammenhang mit der Kurzarbeitsentschädigung werden zusätzlich jene Mitarbeiter, für die COVID-19-Taggeld beansprucht wurde, namentlich mit dem bewilligten Leistungszeitraum und ausgezahltem Betrag pro Mitarbeiter aufgeführt.

7.4 Die Kasse führt in ihren Büchern über das COVID-19-Taggeld getrennt Rechnung. Sie berichtet dem Amt für Gesundheit über die ausbezahlten Leistungen und die erhaltene Refundierung im Rahmen der jährlichen Berichterstattung.

7.5 Die über das COVID-19-Taggeld ausbezahlten Leistungen und der Verwaltungskostenaufschlag werden vom Land refundiert und dürfen daher nicht in der Prämienbemessung der obligatorischen und freiwilligen Krankengeldversicherung berücksichtigt werden